



## Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages  
SPD-Fraktion

### Bundeshaus Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)  
11011 Berlin

☎ (01888) 16 – 700 26

📠 (01888) 16 – 760 08

oder (030) – 227 - -

✉ Ulrich.kelber@bundestag.de

www.kelber.de

aus Bonn  
zum Ortstarif

Ulrich Kelber, MdB · Clemens-August-Str. 64 · 53115 Bonn

CDU Bonn

Frau Dr. Pia Heckes

per Fax: (0228) 54 94 30

### Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64  
53115 Bonn

☎ (0228) 280 31 35

📠 (0228) 280 31 36

✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

- öffentlicher Brief -

Bonn, den 9. September 2004

Sehr geehrte Frau Heckes,

als Bonns Bundestagsabgeordneter und als klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion habe ich mit Freude festgestellt, dass Sie am Sonntag im Rahmen Ihres Wahlkampfes eine Photovoltaik-Anlage einweihen wollen.

Ich hoffe, Sie als Unterstützerin für diese zukunftsweisende Technologie, die in Bonn ja auch bereits zahlreiche Arbeitsplätze sichert, gewinnen zu können. Ihre Partei, die CDU, tut sich bisher ja eher als Gegnerin dieser Technologie und als Gefährdung für die Arbeitsplätze hervor.

1996 wurde auf Antrag der SPD in Bonn die kostengerechte Vergütung für erneuerbare Energien eingeführt, einem Art lokalen Vorläufer des heutigen bundesweit gültigen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Vertreter der Bonner CDU im Stadtwerkeausschuss und Stadtrat stimmten damals gegen die kostengerechte Vergütung, die mit Mehrheit von SPD und Grünen beschlossen wurde.

Zahlreiche Photovoltaikanlagen entstanden in diesen Jahren, erste Handwerksbetriebe schufen Arbeitsplätze, die Bonner Firma SolarWorld mit heute über 60 Arbeitsplätzen entstand. Außerdem verdient Bonn seinen guten Ruf in der Umweltgemeinschaft dieser Vorreiterrolle. Konferenzen wie die renewables 2004 und Ansiedlungen wie EuroSolar, WWEA u.a.m wurden dadurch wesentlich erleichtert.

Die Photovoltaik-Anlage, die Sie am Sonntag einweihen, wird mit den durch das EEG festgelegten Einspeisvergütungen finanziert, wäre also ohne das EEG nie errichtet wurde. Wie Sie sicherlich wissen, haben CDU, CSU und FDP sowohl im Jahr 2000, als auch bei der Novellierung im Jahr 2004 im Bundestag gegen das EEG gestimmt. Wäre es also nach Ihrer Partei gegangen, könnten Sie die Anlage am Sonntag überhaupt nicht einweihen. Das ist ein bisschen so wie mit den offenen Ganztagschulen, oder?

Seit 2000 sind viele weitere Arbeitsplätze in Zusammenhang mit der Photovoltaik bei SolarWorld und Bonner Handwerksunternehmen entstanden. Wir in Bonn haben daher ein großes Interesse an der Fortsetzung der Förderung durch das EEG, die dazu geführt hat, dass in keinem Land der Welt die erneuerbaren Energien so schnell ausgebaut werden wie in Deutschland.

Leider haben CDU und CSU angekündigt, für den Fall eines Wahlsiegs 2006 das EEG zu beenden und durch Programme zu ersetzen, die in anderen Ländern zu wesentlich schlechteren Ergebnissen geführt haben. Damit sind alle entsprechenden Arbeitsplätze in Bonn hochgradig gefährdet, sollte Ihre Partei eine Mehrheit auf Bundesebene erringen.

Es wäre schön, wenn Sie sich am Sonntag von der Notwendigkeit der Fortsetzung der Förderung der Photovoltaik überzeugen ließen und bei Ihrer Parteispitze gegen die Ankündigung, das EEG beenden zu wollen, protestierten. Die Anschrift von Frau Merkel lautet: Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Merkel', written in a cursive style.